

haupt noch vertreten? Der Fall Hart hat uns bewiesen, wie groß die sexuellen Vorurteile sind und wie falsch die bürgerliche Moral ist.

SPIEGEL: Im katholischen Italien ist das aber inzwischen ganz anders, wie gerade Ihre Wahl belegt. Die Gary-Hart-Affäre wurde in Rom nur belächelt; die meisten italienischen Abgeordneten haben ihre Affären, egal ob sie verheiratet sind oder nicht.

STALLER: Gary Hart ist zufällig mit mir hier in Barcelona im selben Hotel. Er nimmt an einer Tagung zum Thema „Sauberes Mittelmeer“ teil. Ist das nicht witzig? Er kann nicht Präsident der Vereinigten Staaten werden, weil die Amerikaner zu prüde sind, und ich, der Pornostar Cicciolina, komme mit meiner Idee der freien Liebe ins römische Parlament.

SPIEGEL: Fürchten Sie nicht, auch in Ihrer neuen Rolle von Männern ausgenutzt zu werden, zum Beispiel von Ihrem Manager Riccardo Schicchi, der Ihren Körper für das Unternehmen Cicciolina vermarktet, mit Pornophotos, Pornoradio und jetzt eben Pornoparlament?

STALLER: Riccardo berät mich nur. Ich denke und handle mit eigenem Kopf.

SPIEGEL: Aber Ihre politische Karriere wurde doch nur als Reklame für Ihre lukrativen Pornoverpflichtungen erdacht.

STALLER: Ein gefragter Star war ich immer schon, auch bevor ich zur „ehrenwerten Abgeordneten“ gewählt wurde.

SPIEGEL: Daß Sie in der Presse inzwischen häufiger als Craxi und Andreotti zitiert werden, verdanken Sie offensichtlich dem Umstand, daß auch frustrierte Männer in den Chefredaktionen der Massenmedien schärfer auf einen weiblichen Unterleib als auf eine weibliche Abgeordnete sind.

STALLER: Können Sie mir einen Grund sagen, warum ich diese Bedürfnisse nicht befriedigen sollte?

SPIEGEL: Sie sind die Tochter eines Funktionärs im ungarischen Innenministerium. Italienerin sind Sie erst seit 1981. Was sagt Ihre Familie eigentlich zu Ihrem Aufstieg?

STALLER: Meine Familie, die ich 1976 verließ, weil ich einen Italiener heiratete, hat einen sehr bürgerlichen Geschmack. Sie liebt mich aber sehr. Außerdem ist sie stolz auf meine politische Karriere.

SPIEGEL: Haben Sie Ihrem Vater vorgeflunkert, Sie seien als eine Art Frauenrechtlerin gewählt worden?

STALLER: Hinter dem Eisernen Vorhang ist doch auch alles sehr viel freier geworden. Das ungarische und das sowjetische Fernsehen haben mich jedenfalls während meiner Wahlkampagne ausführlich gefilmt, wie ich mit meinen kleinen nackten Brüsten spielte.

SAUDI-ARABIEN

Große Milchkuh

Seit 20 Jahren lassen amerikanischen Präsidenten das saudische Königshaus für antikommunistische Bewegungen in aller Welt zahlen – manchmal auch am US-Gesetz vorbei.

Großer Bahnhof für wichtige Freunde: Als im Februar 1985 der saudische König Fahd zum Staatsbesuch nach Washington reiste, empfing ihn Ronald Reagan mit prächtigem Zeremoniell. Dreimal lud er den „Hüter der beiden heiligen Stätten“ Mekka und Medina zu Gesprächen ins Weiße Haus – nach An-

Dollar an antikommunistische Bewegungen und Regierungen in aller Welt verteilt – meist auf Drängen der USA.

Die Saudis, berichtete vorletzte Woche ein ehemaliger amerikanischer Diplomat der „New York Times“, „waren an vielen Punkten der Welt einfach phantastisch. Wir haben uns immer an sie gewandt, wenn wir wollten, daß sie für irgend etwas zahlten. Für uns waren sie die große Milchkuh“.

Abgesahnt wurde kräftig. Saudiarabische Ölmillionen

- ▷ halfen den Krieg der Mudschahidin gegen die sowjetischen Besatzer in Afghanistan zu finanzieren;
- ▷ versetzten die konservative nordjemenitische Regierung 1979 in die Lage, US-Waffen zu kaufen, um Ein-



US-Präsident Reagan, Staatsgast König Fahd (1985): „Dankbar und zufrieden“

sicht seines damaligen Sicherheitsberaters Robert McFarlane eine „außergewöhnliche“ Behandlung.

Der Aufwand lohnte: Der saudische Herrscher erklärte sich bereit, den amerikanischen Freunden einen Gefallen zu tun und seine Hilfe für die nicaraguansichen Contras künftig auf zwei Millionen Dollar pro Monat zu verdoppeln.

Die Petrodollar für den Krieg in Mittelamerika – alles in allem nach McFarlanes Schätzungen etwa 32 Millionen – habe der Präsident mit „Dankbarkeit“ und „Zufriedenheit“ begrüßt. Eine „Überraschung“, so der ehemalige Sicherheitsberater, sei die großzügige Spende jedoch nicht gewesen.

Woher auch? Saudische Finanzhilfen für die Ziele der US-Außenpolitik haben eine lange, wenn auch verschwiegene Tradition. In den vergangenen zwei Jahrzehnten hat das Königreich, wie sich jetzt herausstellte, mehrere Milliarden

dringlinge aus der Volksrepublik Südjemen abzuwehren;

- ▷ zahlten 1977 für den Transport marokkanischer Truppen nach Zaïre, die das wacklige Regime des Diktators Mobutu stützen sollten;
- ▷ erleichterten in den 70er Jahren den Wechsel des somalischen Herrschers Siad Barre ins westliche Lager;
- ▷ zögerten jahrelang den Sturz des sudanesischen Machthabers Numeiri hinaus, der von Libyen-freundlichen Rebellen bedroht war, und
- ▷ unterstützten Rebellen in der äthiopischen Provinz Eritrea, die seit 1974 gegen das marxistische Regime des Obersten Mengistu Haile Mariam kämpfen.

Die antikommunistischen Instinkte der Feudalherren am Persischen Golf für die eigene Politik zu nutzen war für Washingtons Außenpolitiker spätestens

seit Henry Kissinger offenbar eine Standardübung. Als sich Mitte der 70er Jahre beispielsweise der jordanische König Hussein an Moskau mit der Bitte um die Finanzierung eines Luftabwehrsystems wandte, bedrängten die USA ihre saudischen Freunde, den arabischen Brüdern doch selber eines zu spendieren.

Zbigniew Brzezinski, Sicherheitsberater unter Präsident Jimmy Carter, fädelte nach dem sowjetischen Einmarsch in Afghanistan die saudisch-amerikanische Unterstützung der islamischen Widerstandskämpfer ein. Brzezinski ist noch heute neidisch: „Der König hat viel Geld und keinen Kongreß, der ihm Ärger macht.“

Brzezinski-Gehilfe und Nahostexperte William Quandt faßt die Notlage amerikanischer Präsidenten so zusammen: „Für das Ausstellen eines Schecks benötigt König Fahd zehn Sekunden. Der Kongreß braucht dagegen Wochen, um auch nur das kleinste Thema dieser Art zu diskutieren.“

Für die bereitwillige Hilfe versprach sich das saudische Königshaus, das in den USA nach Ansicht eines demokratischen Senators „letztlich seinen Schutzschild“ sieht, immer mehr Waffen. Vor allem aber hofften die Saudis auch, ein Gegengewicht zur mächtigen Israel-Lobby in Washington bilden zu können: „Wir müssen den Vereinigten Staaten zeigen, daß auch wir behilflich sein können“, meinte der saudische Washington-Botschafter Prinz Bandar. „In Wahrheit sind wir viel nützlicher als die Israelis.“

Derzeit allerdings hat der Nutzwert des außenpolitischen Joint Venture zwischen Riad und Washington einen Tiefpunkt erreicht: Einerseits wirken sich die relativ niedrigen Ölpreise negativ auf den Bargeldbestand des Hauses Saud aus, andererseits sind die Saudis verärgert über die jüngste Weigerung der USA, ihnen Panzerabwehrraketen vom Typ Maverick zu liefern.

Die Stimmung wird sich auch so schnell nicht bessern. Denn gegenwärtig untersucht der US-Kongreß, ob zwei Hilfsaktionen für antikommunistische Rebellen nicht widerrechtlich zustande gekommen sind.

So wird der Abschlußbericht des Kongresses zur Iran-Contra-Affäre auch die Frage beantworten müssen, ob und wann Reagan oder seine Mitarbeiter die Saudis um die Contra-Spende gebeten haben. Nach Ansicht der Volksvertreter wäre eine solche Bitte ein gesetzwidriger Verstoß gegen das Verbot jeder Contra-Hilfe, das der Kongreß zwischen 1984 und 1986 erlassen hatte.

Und in dieser Woche will der Afrika-Unterausschuß des Repräsentantenhauses klären, ob auch die angolanischen Unita-Rebellen des Jonas Savimbi auf amerikanisches Drängen hin saudische Hilfe empfangen. Wie bei den nicaraguanischen Contras hatte der Kongreß der Regierung zwischen 1976 und 1985 ver-

boten, die Aufständischen in Angola zu unterstützen.

Starzeuge für die Abgeordneten ist ein in Palästina geborener Waffenhändler aus Kalifornien, der in der Vergangenheit über beste Beziehungen zum Königshaus in Riad verfügte: Sam Bamieh. Er will den Abgeordneten über ein Gespräch mit Fahd berichten, das er 1981, kurz nach der Bewilligung amerikanischer Awacs-Lieferungen an Saudi-Arabien, führte. Der Verkauf der Aufklärungsflugzeuge ist demnach nur zu-



Antikommunistische Contra-Rebellen
32 Millionen vom König



Antikommunistische Unita-Rebellen
Hilfe auf Umwegen

stande gekommen, weil Fahd sich bereit erklärte, antikommunistische Rebellen-Gruppen zu finanzieren.

Daß davon trotz der saudischen Demotivis nicht nur die Contras, sondern auch die Savimbi-Truppen profitiert haben, scheint mittlerweile außer Zweifel. So behauptet Bamieh, daß Marokko von Saudi-Arabien 50 Millionen Dollar für die Ausbildung der Savimbi-Truppen erhalten habe. Der Rebellenführer selbst hatte schon 1982 angedeutet, daß er trotz des Kongreßverbots auf Umwegen US-Hilfe beziehe.

Nahostexperte Quandt: „Ich glaube, daß die Saudis an der Unterstützung von Savimbi in Angola beteiligt waren. Das taten sie nicht aus ihrem Interesse heraus, sondern für uns.“

INDIEN

Saubermann im Morast

Nach sechs verlorenen Landeswahlen und einer Kette von Korruptionsskandalen ist der junge Premierminister Rajiv Gandhi entzaubert.

Angetreten war er als junger Technokrat, als alerter Macher, als Saubermann unter Indiens korrupten und machtversessenen Parteifürsten: Ein schnörkelloser Premierminister, so sah sich Rajiv Gandhi bei seinem Wahlsieg vor zweieinhalb Jahren, der den traditionsbeladenen Subkontinent gradlinig ins Jet-Zeitalter steuern wollte, als wäre er noch immer Berufspilot der Indian Airlines.

„Wir gehören zur Generation der Beatles“, faßte damals einer seiner Vertrauten das Lebensgefühl Gandhis und seiner „Computer Boys“ zusammen.

Daß sein Riesenland mit 760 Millionen Einwohnern die Computersprache nicht so schnell annimmt, mußte Rajiv Gandhi, 42, vorletzte Woche schmerzlich erfahren. Ausgerechnet im Herzland der Hindus, im nördlichen Bundesstaat Harjana, erteilten ihm die Wähler eine katastrophale Niederlage: von 87 Sitzen erhielt Gandhis Kongreß-Partei nur noch 5, während der Sieger, die regionale Bauernpartei Lok Dal, mit 58 Sitzen auftrumpfte.

„Die Wahl war ein Referendum über Rajiv Gandhi“, sagte der wettergegerbte Großbauer und Politikveteran Dewi Lal, 72, bevor er sich, vom Sieg erschöpft, ins Krankenhaus begab: „Die Antwort der Leute von Harjana hätte nicht deutlicher ausfallen können.“

Es war die sechste Niederlage der Regierungspartei in sieben Bundesstaatswahlen – und sie könnte dem Aufsteiger Rajiv einen dauerhaften Karriereeinbruch eintragen, auch wenn er in der Partei vorerst noch keinen potenten Herausforderer zu fürchten braucht.

Als Kerala im März kommunistisch wählte, war der letzte Staat Südiens an die Oppositionsparteien gefallen.